

### Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 28. September 1999

#### **Qualifizierung für die Region: Berufsbildende Schulen in Niedersachsen**

Der Landtag wolle beschließen:

##### „EntschlieÙung

Die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung ist angesichts schneller Veränderungen und neuer Anforderungen in der Wirtschaft unerläÙlich. Neben der Berufsausbildung erlangt die Weiterbildung einen völlig neuen Stellenwert. Der Einsatz neuer Technologien, die immer stärker werdende weltwirtschaftliche Verflechtung und die zunehmende Notwendigkeit, ökonomisches und ökologisches Handeln in Einklang zu bringen, erfordern nicht nur eine berufliche Handlungsfähigkeit, sondern auch die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen.

Neben diesen qualitativen Herausforderungen an die berufliche Bildung und Weiterbildung stellen auch wachsende Schülerzahlen durch die demographische Entwicklung und durch eine Verlagerung aus dem dualen Ausbildungssystem in die vollzeitschulische Ausbildung in den Berufsschulen neue Anforderungen. Verantwortungsbewußte Politik darf diesen quantitativ steigenden Anforderungen in Zeiten zu hoher Verschuldung aller öffentlicher Haushalte nicht allein durch einen stetig steigenden Einsatz finanzieller Mittel begegnen. Gefragt ist vielmehr die Kombination aus größerer Flexibilität und dem Zulassen eigener Entscheidungskompetenzen an den Berufsschulen, um die vorhandenen Mittel vor Ort effizienter einsetzen zu können, und einer vertretbaren Ausweitung der Finanzbudgets.

Die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen haben gute Voraussetzungen, den veränderten qualitativen und quantitativen Anforderungen gerecht zu werden, wenn wir diese Rahmenbedingungen schaffen:

- Stärkung der eigenen Entscheidungskompetenzen der Berufsschulen
- Konzentration auf die Kernaufgaben der beruflichen Bildung und Weiterbildung
- Verbesserung der Unterrichtsversorgung durch eine Ausweitung der Finanzmittel in vertretbarem Umfang

Der Niedersächsische Landtag unterstützt deshalb die Landesregierung dabei,

1. durch zusätzliche Ressourcen und eine Konzentration auf die Kernaufgaben die Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen in Niedersachsen nachhaltig zu verbessern:
  - jede der bis zum Jahr 2003 frei werdenden 900 Stellen wieder mit Vollzeitstellen zu besetzen,
  - zum Februar 2000 die für die ausgeschriebenen Stellen ausgewählten Lehrerinnen und Lehrer auf Vollzeitstellen einzustellen,

- den mit dreiviertel ihrer regelmäßigen Arbeitszeit eingestellten Lehrkräften zum August 2000 vorzeitig eine volle Stelle anzubieten,
  - in den vollzeitschulischen Bildungsgängen die Stundentafeln zu reduzieren und dem
  - Standard der Kultusministerkonferenz bzw. dem Durchschnitt der Bundesländer anzupassen,
  - bei der Berechnung des Stundenbudgets die zugrunde gelegten Klassenobergrenzen des Sekundarbereichs I anzugleichen;
2. die durch den technologischen Wandel bedingten Änderungen für den Unterricht aufzugreifen und darauf entsprechend dem Bildungsstand der Schülerinnen und Schüler individuell zu reagieren, um dadurch die Funktionsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems zu sichern und zu stärken,
  3. den berufsbildenden Schulen in Niedersachsen die Möglichkeit zu schaffen, sich zu Qualifizierungszentren in den Regionen zu entwickeln,
  4. die Entscheidungsspielräume der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen erheblich auszuweiten:
    - Sach- und Personalmittelbudgets, schulinterne Lehrerfortbildung, Förder- und spezielle Qualifizierungsangebote, ökonomischer Ressourceneinsatz einschließlich der Evaluation der Ergebnisse müssen selbstverständliche Handlungsräume der berufsbildenden Schulen sein.
    - Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Lernortwechsel, variable Unterrichtszeiten, Handlungsorientierung als didaktisches Prinzip, Kooperation mit Betrieben und unterschiedlichen Institutionen vor Ort sind dabei Elemente eines modernen Unterrichts.
    - Die Attraktivität der beruflichen Bildung in Niedersachsen dadurch zu erhöhen, daß die Schülerinnen und Schüler
      - der Berufsoberschule durch das Erlernen einer zweiten Fremdsprache die Voraussetzungen für eine bundesweite Anerkennung der allgemeinen Hochschulreife erwerben,
      - die Fachhochschulreife künftig auch in der Berufsschule in besonders geeigneten Berufen erlangen und
      - den Hauptschulabschluß im Berufsvorbereitungsjahr erhalten können.“

Gabriel

Fraktionsvorsitzender